

Zeitschrift: Schweizerische Lehrerzeitung
Herausgeber: Schweizerischer Lehrerverein
Band: 113 (1968)
Heft: 10

Anhang: Orientierungsblätter zu schweizerischen Zeitfragen : herausgegeben vom Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik, 8. März 1968, Nummer 1
Autor: Gruner, E.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Orientierungsblätter zu schweizerischen Zeitfragen

Herausgegeben vom Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik
Leitung: Prof. Dr. E. Gruner, Universität Bern

8. März 1968

1. Jahrgang

Nummer 1

Vorbemerkung. Im Frühling 1968 erscheint im Lehrmittelverlag Basel-Stadt unter dem Patronat des Schweizerischen Geschichtslehrervereins ein Lehrbuch für den staatsbürgerlichen Unterricht an Mittelschulen unter dem Titel «Bürger, Staat und Politik in der Schweiz». Da jedes der Aktualität verpflichtete Lehrbuch rasch veraltet, entschlossen sich die Herausgeber, wichtige Gegenwartsfragen der schweizerischen Politik in Form von regelmässig erscheinenden Zusatzblättern herauszugeben. Der Schweizerische Lehrerverein erklärte sich in entgegenkommender Weise bereit, den Druck dieser Blätter als Beilage der «Schweizerischen Lehrerzeitung» versuchsweise zu übernehmen und diese den Bezüglern des Lehrbuches als Separata gegen bescheidenes Entgelt zukommen zu lassen. Wir sprechen ihm für diese Bereitschaft unsern besten Dank aus.

Der Arbeitsausschuss des Vereins für die Herausgabe eines staatsbürgerlichen Lehrbuches für die Mittelschulen der deutschen Schweiz

Die Wahlen in die eidgenössischen Räte im Oktober 1967

Von Professor Dr. E. Gruner,

Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik an der Universität Bern¹

Die Bedeutung der schweizerischen National- und Ständeratswahlen kann nur auf dem Hintergrund der schweizerischen *Referendumsdemokratie* richtig gewürdigt werden. Der Schweizer legt bei den Wahlen nicht wie der Bürger anderer Demokratien die Regierungspolitik für längere Zeit fest. Denn er übt ja selbst mit dem Stimmzettel gleichsam die oberste Kontrolle über die Regierungspolitik aus. So fehlt also unsern Wahlen der Charakter einer letzten Entscheidung. Das ist einer der Hauptgründe dafür, dass sich bei ihnen kaum je wie andermorts sensationelle Machtverschiebungen ergeben. Umgekehrt erregen deshalb selbst kleine Veränderungen in der Mandatzahl wie im letzten Herbst Aufsehen.

Die Wahlen von 1967 verliefen in der Tat bedeutend lebhafter als üblicherweise. Standen die vorhergehenden (1963) noch ganz im Zeichen einer 15jährigen parteipolitischen Stabilität mit nur sehr geringen Mandatsverschiebungen, so waren jene deutlich durch eine verstärkte Kampfstimmung gekennzeichnet. Es machte sich eine emotionell geladene Kritik an der «Konkordanzdemokratie» bemerkbar. Man warf unserer Vielparteienregierung vor, dass sie klaren Entscheidungen und Alternativen ausweiche und sich statt dessen auf insgeheim ausgehandelte Uebereinkünfte und Kompromisse stütze. Man bemängelte, sie regiere ohne klares Programm und werde wegen der fehlenden *Opposition* zu wenig zur Rechenschaft gezogen. Die Erfolge von Aussenpartei (Landesring, PdA und «Vigilants») in den vorangehenden kantonalen Wahlen liessen schon frühzeitig einen etwas bewegteren Kampf ahnen.

I. Ausgangslage

Die Wahlen in die Bundesversammlung zeichneten sich in der letzten Zeit durch zunehmende *personelle Erneuerung* aus. Die Amtsdauer der Ratsherren wurde kürzer. Gegenüber 26 im Jahre 1955, 31 im Jahre 1959, 46 im Jahre 1963 waren dieses Mal 35 zurücktretende Nationalräte und 7 Ständeräte neu zu wählen. Während der vergangenen Legislaturperiode waren zudem schon 29 Nationalräte (1959/63: 22) und 5 Ständeräte ersetzt worden. Dem neu gewählten Nationalrat sollten also, verglichen mit demjenigen vom Dezember 1963, mindestens 64 neue Leute angehören. Wie die am Schlusse aufgeführten Resultate zeigen,

sollten ausserdem noch weitere neue Ratsmitglieder dazukommen, da 10 Bisherige nicht bestätigt wurden. Alles in allem wurde also der Nationalrat von 1967, verglichen mit dem 1963 gewählten, zu mehr als einem Drittel erneuert (37%). Im Ständerat betrug die Erneuerung rund 30%.

II. Vorbereitung des Wahlkampfes

1. Programmatik

Man hätte annehmen sollen, dass sich die verschärfte Kampfstimmung in einer entsprechend neuartigen und angriffligen Programmatik ausgedrückt hätte. Dies war keineswegs der Fall. In der Stellungnahme zu den umstrittenen Landesfragen übten die Parteien eine überraschend grosse Zurückhaltung. Wohl gaben sie auf die Wahlen hin besondere *Aktionsprogramme* heraus². Es fehlte darin nicht an allerlei Wünschen für die Zukunft. Doch begnügten sich die Parteideologen im allgemeinen damit, das hervorzuheben, was jeder Bürger ohnehin bejahen konnte.

Vor allem aber fanden sich in den Programmen überall dort, wo in naher oder ferner Zukunft Entscheidungen gefällt werden müssen, kaum mehr als vage Formulierungen. So hörte man z. B. kaum je eine klare Stellungnahme zu den ungelösten Problemen der Fremdarbeiterfrage, etwa wie man die ablehnende Haltung weiter Kreise gegenüber den *ausländischen Arbeitskreisen* meistern könne oder was man zu ihrer Assimilierung vorzukehren gedenke. Im Programm einer der vier Bundesratsparteien empfahl man lediglich «langfristige Ueberlegungen» zu diesem Thema. Ebenso wenig greifbar Neues wurde zu den aktuellen Problemen der *Aussenpolitik* vorgeschlagen. Es blieb in der Regel bei der Feststellung, der Beitritt zur EWG und zur UNO sei unter dem Vorbehalt der Neutralität intensiv zu studieren, wenn man nicht selbst diese Minimalforderung als überflüssig empfand.

Besonders auffallend war es, dass auch die Parteien, die sich bewusst zur *Opposition* bekannten, den meisten strittigen Fragen mit Diskretion begegneten. Die Thesen des Landesrings hielten sich z. B. in der Aussenpolitik ebenso zurück wie die der Bundesratsparteien. Wohl stellten sie vermehrt Postulate der Sozialpolitik und der Infrastruktur in den Vordergrund. Doch griff auch die Propaganda der «Regierungsparteien» solche Nuancen und Lieblingsprojekte auf: die der Sozialdemokraten z. B. das Bodenrecht und die der Konservativen den Schutz der Familie. Man ist versucht, mit den Worten eines witzigen Briten zu sagen, alle diese Programme glichen Flaschen, deren Etiketten zwar verschieden seien, deren Inhalt aber gleicherweise leer sei.

Es war schade, dass die *Parteien* auf ihrem ureigensten Gebiet, in der Propagierung neuer, zündender politischer Ideen, bloss an Ort traten, obschon sie doch gerade hier recht eigentlich zur *Führung* berufen wären. So war es denn nicht verwunderlich, dass die Programmgestaltung keine politischen Leidenschaften entfachte.

2. Anzahl der Kandidaten

Elf der 200 Nationalratswahlsitze waren nicht umstritten, entweder infolge stiller Wahl (Schwyz, Glarus und Appenzell Ausserrhoden) oder weil keine Listen eingereicht werden mussten (in den vier Majorzkantonen Uri, Obwalden,

¹ Ich möchte meinem Assistenten, Sekundarlehrer F. Külling, bestens dafür danken, dass er die vom Forschungszentrum gesammelte Dokumentation der Nationalratswahlen auswertete und mir auch bei der Redaktion dieses Artikels behilflich war.

² Plattform 1967, Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz; Weg und Ziel, Wahlmanifest des schweizerischen Freisinns 1967; Aktionsprogramm 1967 der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz; BGB-Aktionsprogramm 1967–1971; Thesen 1967 des Landesrings; Für eine andere Politik, für eine neue Schweiz, PdA 1967.

Nidwalden und Appenzell Innerrhoden, wo nur je ein Vertreter zu wählen ist). Um die restlichen 189 Sitze bewarben sich gesamthaft 1249 Kandidaten (gegenüber 1194 bei 192 Sitzen im Jahre 1963). Insgesamt wurden 112 Listen eingereicht (1963: 107 Listen), darunter, besonders im Kanton Bern, einige Landesteillisten. Die Zahl der *Kumulation einzelner Kandidaten* war mit 16 ebenso niedrig wie 1963, in beiden Fällen bedeutend geringer als früher (1943: 63, 1947: 31, 1951: 25, 1955: 23).

3. Die Aufstellung der Kandidatenlisten

setzt die innere Einheit der Parteien oft einer starken Belastungsprobe aus. Sind doch oft nicht nur sehr verschiedenartige, sondern einander geradezu widersprechende Ansprüche *innerhalb ein- und derselben Partei* zu befriedigen. Da geraten z. B. die wohlverordneten Rechte Bisheriger mit den Nachfolgewünschen der Jüngeren in Konflikt. Oder es gilt, zwischen «Geld und Geist» abzuwägen. Denn alle Parteien brauchen einesteils Kandidaten, die als Vertreter finanzkräftiger und mitgliederreicher Wirtschaftsorganisationen Geld und einen Stamm sicherer Wähler einbringen, andernteils auch solche, die durch ihre allgemeine Popularität gerade die nichtorganisierten und darum noch unentschiedenen Wähler zur Urne locken. Einzelne derartige parteiinterne Auseinandersetzungen waren so typisch für die Wahlvorbereitungen von 1967, dass wir auf sie eingehen möchten.

Das Problem der *Altersgrenze* spielte vor allem im Wallis eine Rolle. Der Sozialdemokrat Dellberg und der freisinnige Germanier wurden wegen ihres fortgeschrittenen Alters von ihren Parteien nicht mehr portiert. Der 82jährige Dellberg stellte darauf eine eigene Liste auf, wurde deshalb aus der Partei ausgeschlossen, siegte dann aber im Wahlkampf. Besonders typisch war der Versuch einzelner Parteien, ausgesprochene *Zugpferde* auf die Listen zu nehmen, wobei nicht immer auszumachen ist, ob die Parteistrategen weniger deren Wahl als vielmehr nur den Zuwachs an Stimmen erhofften. So nahmen z. B. der Landesring im Aargau den Kabarettisten Rasser auf die Liste und die Berner Freisinnigen den Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Dr. O. Fischer, und den in Sportkreisen bekannten Karl Glatthard.

Freilich können solche Vorhaben auch scheitern. So weigerte sich das Parteikader der Christlichsozialen Partei des Kantons Bern, den von der Parteileitung vorgeschlagenen Generalsekretär der Schweizerischen Konservativ-christlich-sozialen Partei, Dr. M. Rosenberg, kumuliert an die Spitze der Parteiliste zu placieren. In Zürich erlebte die Sozialdemokratische Partei ein grosses Fiasko mit der überparteilichen Kandidatur des damaligen «Weltwoche»-Chefredaktors Rolf Bigler. Nach einer verklausulierten Zusage zog er sich wieder zurück, aus Gründen, die nicht restlos abgeklärt sind. Sie dürften aber mit seinem Anstellungsvertrag mit dem «Weltwoche»-Verlag zusammenhängen. Dieser war kurz vorher in den hauptsächlichsten Besitz des Ringierkonzerns übergegangen. Ferner dürfte mitgespielt haben, dass seine Wahlchancen in dem Moment erheblich geringer erschienen, als die erhoffte Wahlunterstützung des Landesrings auszubleiben drohte. Bewährt hat sich dagegen das Experiment der Zürcher Freisinnigen, die Rangfolge ihrer Kandidaten auf der Liste – neben dem Kriterium vielseitiger beruflicher Zusammensetzung – durch eine *Wählerumfrage*, also durch eine Art Popularitätstest, mitbestimmen zu lassen.

Freilich ist es umgekehrt auch möglich, dass sich ein *Kandidat* aus rein persönlichen Gründen *seiner Partei aufdrängt* oder dass er seine Wahl forcieren will, indem er den Wahlkampf mit privaten Mitteln finanziert.

So liess der Genfer Radikale Eichenberger z. B. ein Flugblatt verteilen, das er als redaktionellen Beitrag einer Illustrierten tarnte, in dem er sich selbst massiv anpreisen liess und gleichzeitig die bisherigen Mandatsinhaber seiner Partei schmähete. Darauf schloss ihn die Partei aus, konnte ihn aber aus Termingründen nicht mehr von der Liste streichen. Bedenken erregen Fälle, in denen sich Kandidaten der förm-

lichen *Wählerbestechung* schuldig machten. Dass einzelne Ehrgeizlinge grosse Summen aus der eigenen Tasche für ihre persönliche Werbung ausgeben, war schon in den letzten Wahlen vorgekommen und entsprechend angeprangert worden. Nun scheinen aber zunehmend versteckte Schmieraktionen üblich zu werden, und solche wirken zweifellos korrumpierend. So stattete ein Berner Kandidat, Vertreter eines Beamtenverbandes, dessen Wiederwahl gefährdet schien, kurz vor den Wahlen einen Sportklub mit einem neuen Tenu aus («Bund», Nr. 272 vom 10. Oktober 1967).

III. Der Wahlkampf

1. Die Propaganda

Sobald die Parteien ihre Programme veröffentlicht und ihre Kandidaten bestimmt haben, beginnt der Wahlkampf oder, genauer ausgedrückt, der Wettbewerb um die Gunst der Wähler. Als wichtigste der dabei angewendeten *Propagandamittel* nennen wir die Presse (Einzelartikel und Artikelfolgen, Inserate), Flugblätter, Wahlzeitungen, Wählerbriefe, Plakate, Wahlversammlungen, persönlichen Werbeeinsatz, Radio und Fernsehen. Jedes dieser Werbemittel hat spezifische Vor- und Nachteile. Flugblätter und Plakate besitzen z. B. grosse Breiten-, aber geringe Tiefenwirkung. Die Werbung von Mann zu Mann erreicht nur einen kleinen Kreis, wirkt aber intensiv.

Der Wahlkampf 1967 zeigte deutlich, dass altüberlieferte Propagandamittel wie die *Wahlversammlungen* im Vergleich zu modernen Werbeträgern wie dem Fernsehen sichtlich an Wirkung verloren haben. Die Wahlversammlungen tun ihren Dienst höchstens noch als Trümmern der Getreuen. Ausgedient haben sie aber als Anziehungsort ungebundener Wähler und damit als Instrument zu ihrer Gewinnung. Sie waren in der Regel sehr schlecht besucht. In einem Berner Vorort trafen z. B. zwei für eine kontradiktorische Veranstaltung bestimmte Redner ausser zwei Parteifunktionären kein weiteres Publikum an, worauf sie den Parteienkampf in Form eines friedlichen Jasturniers austrugen. Es fehlte nicht an künstlichen Belebungsversuchen, z. B. durch die Kombination einer Wahlversammlung mit dem Gratiseintritt in eine Eisrevue oder mit einem festlichen Schmaus für die Parteiangehörigen. Das «Team 67», eine für den Wahlkampf ad hoc gebildete Gruppe junger Aargauer Freisinniger, zog als Wahltrommler den deutschen nonkonformistischen Schriftsteller Günter Grass bei. Freilich entsprach der spätere Misserfolg bei den Wahlen nicht dem vorausgehenden Besucherrekord von 5000 Neugierigen, die sogar bereit waren, für ein derartiges politisches Schauspiel einen Eintrittspreis zu bezahlen.

Welche Wirkung von den andern traditionellen Werbeträgern im einzelnen ausging, lässt sich nicht genau abschätzen. Sicher ist aber, dass die *Presse* im schweizerischen Wahlkampf immer noch eine zentrale Bedeutung besitzt. Denn mehr als 75 % der Wähler bleiben erwiesenermassen einer bestimmten Partei treu. Von den 10 % aber, welche die Partei wechseln, trifft die Hälfte ihren Entscheid spätestens einen Monat vor der Wahl³. Nicht zu unterschätzen ist auch die *mündliche Werbung* durch die Parteimitglieder und Anhänger, vor allem bei finanzschwachen Parteien.

Die zunehmende Bedeutung von *Radio* und *Fernsehen* für die Wahlen von 1967 geht allein schon aus dem Anwachsen der Konzessionäre seit 1963 hervor:

Anzahl Konzessionäre	Okt. 1963	Okt. 1967
Radio	1,581 Mio.	1,725 Mio.
Fernsehen	0,349 Mio.	0,849 Mio.

Alle Gruppierungen von nur einigermaßen erheblichem politischem Gewicht konnten von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Sache vor diesem Millionenpublikum zu vertreten. Finanzschwächere Parteien erhielten damit eine zusätzliche Chance. Das Thema des ersten Fernsehabends («Die Aufgaben des modernen Staates und ihre Finanzierung») war so vage formuliert, dass die Teilnehmer eine

³ Der Schweizer Wähler 1963, Untersuchung der Konso AG, Basel, in Verbindung mit Erich Gruner, S. 13.

gute Gelegenheit erhielten, an der Sache vorbeizureden und für die eigene Partei zu werben. Der zweite Abend wurde durch die Gegenüberstellung von angeblichen Regierungs- und Oppositionsparteien, die eine bemerkenswerte Unkenntnis der schweizerischen politischen Realitäten verrät, in eine verkehrte Richtung gelenkt. Die dritte Veranstaltung, an der neun Parteivertreter auf telephonisch eingegangene Fragen aus dem Publikum aus dem Stegreif antworten mussten, war dagegen geradezu spannend. Zusammenfassend darf man sagen, dass der Wähler vom Fernsehen wohl angeregt werden konnte, dass ihm die Sendungen den Entscheid hingegen keineswegs erleichterten.

2. Finanzierung

Wie hoch belaufen sich die Summen, die zur Wahlwerbung ausgegeben werden? Wir möchten dem Leser hierauf gerne eine Antwort erteilen, wenn wir hierzu nur in der Lage wären. Aber die Parteien wahren in dieser Frage tiefstes Stillschweigen. Einzig vom Landesring hörten wir, dass er für die Nationalratswahlen von 1967 gegen eine Million Franken eingesetzt habe. Die Beträge der andern Parteien dürften wohl niedriger sein. Rechnen wir für alle Parteien rund fünf Millionen, so ergibt dies *pro Jahr etwas mehr als eine Million*. Man schätzt heute die totalen Werbeausgaben der Schweiz auf rund 600 Millionen pro Jahr. Die Kosten für die politische Werbung bei den eidgenössischen Wahlen ergäben also einen Anteil von etwa 0,2 % am Total der Werbekosten.

3. Neue Gruppierungen

Einige 1963 auftretende *Aussenseitergruppen* wie die zürcherische «Volksbewegung gegen die Ueberfremdung» eines gewissen Stocker hatte damals noch niemand ernst genommen. Vier Jahre später bildeten diese und ähnliche Sammelbecken unzufriedener, z. T. auf der Schattenseite der Konjunktur lebender Bürger eine politische Realität, die nicht mehr ignoriert werden konnte. Hatte doch eine dieser neuen Parteien, die Genfer «Vigilants», an den Genfer Grossratswahlen mit der Eroberung von zehn Sitzen einen auffallenden Erfolg zu verzeichnen. Getreues Spiegelbild ihrer misstrauenden Anhänger, nützten diese neuen Gruppen geschickt den schärfer wehenden Oppositionswind aus und bekannten sich zu mehr oder minder *extremen* politischen Lösungen. In Genf und Zürich schritten sie, mehr oder weniger nachweisbar, in den Fußstapfen *rechtsextremer* frontistischer Parteien der dreissiger Jahre. Mario Soldini, einer der Führer der Genfer «Vigilants», hatte sich z. B. 1935 als rechte Hand des Schweizer Faschisten Oltramare betätigt. In Zürich übernahm James Schwarzenbach mit seiner Aktion gegen die Ueberfremdung indirekt die Nachfolge der Stockerschen Gruppe von 1963.

Als betonte Nonkonformisten traten auf dem *linken Flügel* zornige junge, aber auch alte Männer auf den Plan, z. B. die «Jungen Löwen» Winterthurs, die allerdings nicht mit einer eigenen Liste aufrückten, und das Aargauer «Team 67», das eine Art progressiven Freisinn anstrebte, und das durch seinen Sprecher Günter Grass verkündet liess, dass «Unruhe des Bürgers erste Pflicht» sei. Professor Marcel Beck, der dem Nationalrat als Fraktionsloser angehört hatte, markierte mit seiner «Liste für freie Meinungsäusserung im Parlament» den zornigen alten Mann. In der Waadt bildeten Anhänger des vom jurassischen Separatismus propagierten Ethnie-Gedankens den «Parti unitaire romand». Die von ihnen vertretene Ideologie einer nach Sprache und Rasse orientierten Partei muss als revolutionär taxiert werden, da sie die Grundlagen des schweizerischen Vielvölkerstaates und das friedliche Zusammenleben der Sprachen verneint.

4. Auseinandersetzungen zwischen den historischen Parteien

Die an der Regierung beteiligten Parteien sahen sich im Kampf vor folgende *Wahl* gestellt: Entweder entschlossen sie sich, die *bisherige Politik* zu verteidigen, oder sie versuchten nachzuweisen, dass sie für einzelne der Bundesratspolitik angekreidete Mißstände nicht direkt verantwortlich seien. Unter dem Motto «Mut zum Konformismus» verteidigte z. B. die BGB die bisherige Politik.

Die zweite Haltung darf nicht schlechthin als zweideutig verurteilt werden. Denn das *schweizerische Regierungssystem*

besitzt die dem Parlamentarismus eigene Regierungsverantwortlichkeit nicht. Darum haben sich die an der Regierung beteiligten Parteien, insbesondere deren kantonale Sektionen, von jeher gestattet, in Opposition zur Regierung zu treten. So lässt es sich mit dem in der schweizerischen Politik üblichen Stil durchaus vereinbaren, wenn die sog. Bundesratsparteien auch bei den Wahlen von 1967 mehr oder weniger um die Wette *Opposition* machten, um den Oppositionellen in einem engeren Sinne des Wortes den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es ist freilich eine Frage des politischen Taktes und des Masses, wie weit sich einzelne Kantonalparteien dabei von der «Mutterpartei» distanzieren wollen. Die Basler Radikalen priesen sich etwa folgendermassen an: «Wenn Sie mit dem schweizerischen Freisinn in Bern nicht immer einverstanden sind, so ist das ein guter Grund, in Basel radikal zu wählen»... Denn die Basler Radikalen wünschen «etwas mehr internationale Luft, etwas weniger Offiziersgesellschaft und weniger Fabrikherrenmentalität». Sachlicher wirkten die Thesen der Waadtländer Radikalen, die offen am bestehenden Regierungssystem Kritik übten, indem sie die Struktur unseres Staates, die Organisation von Regierung und Verwaltung als überlebt bezeichneten. Erst recht glaubten sich viele Sozialdemokraten zur Opposition zählen zu müssen, ja, sie erhoben gar etwa Anspruch, eine Oppositionspartei schlechthin zu sein. Handkehrum waren sich aber die Bundesratsparteien einig in der Ablehnung der Opposition «pur sang» und der Nonkonformisten.

IV. Der Wahlausgang

1. Mandatverschiebungen

Die Ergebnisse der Wahlen sind aus der am Schluss aufgeführten *Tabelle* ersichtlich. Wir können sie aus Raumgründen nicht so vollständig wiedergegeben, wie es wünschbar wäre (Verzicht auf die Wählerzahlen). Alle Beurteiler waren sich darüber einig, die Resultate spiegelten einen gewissen Missmut wider, den der Stimmbürger über die in seinen Augen zu wenig wirkungsvolle *Politik des Bundesrates* empfinde. Dieser hatte im hart umstrittenen Bundesbeschluss vom Februar 1965 die Teuerung zu bekämpfen versprochen. Nun hatte man zwar das überhitzte Wachstum zu bremsen vermocht – allerdings mit zum Teil negativen Folgen für einzelne Erwerbsgruppen. Doch der Preisauftrieb hatte sich seither eher verstärkt. Dazu kamen die Finanzknappheit und die Ueberfremdung. Beides wurde dem Bundesrat als Zeichen mangelnder Voraussicht und Planung angekreidet. Der unzufriedene Wähler bedachte nicht, dass es sich bei all diesen Erscheinungen um die negativen Begleiterscheinungen eines allzu stürmischen Wachstums handelt. Diese pflegen erst dann ins allgemeine Bewusstsein einzugehen, wenn der Einzelne sie am eigenen Leib verspürt und dann rasch bereit ist, einen Sündenbock zu suchen.

Dieser missmutige Stimmbürger war nun bereit, den Bundesratsparteien einen Denkkzettel zu erteilen: Die Sozialdemokraten und Freisinnigen verloren je zwei, die Konservativ-Christlichsozialen drei und die BGB einen Sitz. Der verärgerte Wähler gab seine Stimme vorwiegend denjenigen Parteien, die seinerzeit die bundesrätliche Teuerungskämpfung abgelehnt hatten, dem Landesring und der PdA. Diese eroberte ein Mandat im Kanton Neuenburg. Jener erhöhte seine Sitzzahl von zehn auf sechzehn (vier Gewinne in Zürich, einer im Aargau und einer in Genf). Sein Erfolg in der französischen Schweiz ist indessen kein Novum. Besass er doch schon 1941–1943 einen Vertreter in Genf. Von der Unzufriedenheit profitierte auch die Anti-Ueberfremdungsgruppe in Zürich, die gleich 5500 Wähler zu mobilisieren vermochte. Dagegen unterlagen die «Vigilants» in Genf. – Weniger spektakulär waren die Verschiebungen im *Ständerat*, für den freilich nicht in allen Kantonen Kampfwahlen stattfanden. In einzelnen Ständen werden die Vertreter übrigens nicht vom Volk, sondern von der kantonalen Legislative gewählt. Sozialdemokraten und BGB verloren je einen Sitz, der Landesring und die Freisinnigen gewannen je

einen. Der neue Ständerat setzt sich zusammen aus 18 Konservativ-Christlichsozialen, 14 Freisinnigen, je drei Demokraten, Liberalen und BGB-Vertretern, zwei Sozialdemokraten und einem Vertreter des Landesrings.

Obschon der Wahlkampf lebhafter war als seine Vorgänger von 1963 und aus den fünfziger Jahren, nahm die *Stimmbeteiligung* erneut etwas ab. Sie betrug durchschnittlich 65,7 %⁴ gegenüber 66,1 % im Jahre 1963. Seit dem im Jahre 1919 erreichten Gipfelpunkt sank die Beteiligung dauernd von Wahl zu Wahl, eine negative Begleiterscheinung für eine an und für sich positiv zu bewertende Entwicklung, den Abbau des akuten, bürgerkriegsähnlichen Klassenkampfes, wie er im Jahre 1919 geherrscht hatte.

2. Die interessenpolitische Gliederung des Nationalrates

Es ist einleitend schon darauf hingewiesen worden, dass der neue Nationalrat *personell* zu mehr als einem Drittel erneuert wurde. Ist dadurch die oft beklagte «Verwirtschaftlichung der Politik» noch weiter gefördert worden? In vielen Wahlkommentaren äusserte man sich recht enttäuscht darüber, dass der neue Nationalrat mehr ausgesprochene Interessenvertreter aufweise als der frühere. Die «Tribune de Genève» erklärte z. B. im Hinblick auf Bern, wo der freisinnige, betont nicht interessengebundene Gemeinderat G. Schürch knapp unterlegen war: «Le citoyen désireux de voter pour le meilleur, se trouve inopérant face aux armées privées de tel ou tel «bonze» d'association.» Die auffallende Wirksamkeit der «Hände der Verbände» bei den jüngsten Wahlen liess die Frage aufkommen, ob wir uns einem ständischen Parlament nähern, das weniger aus Volksvertretern als aus Vertretern beruflicher und wirtschaftlicher Interessengruppen zusammengesetzt sei. Wie präsentiert sich uns in dieser Hinsicht der neue Nationalrat?

Geht man bei der Frage der *interessenpolitischen Gliederung* des neuen Nationalrates von den Berufsangaben aus, erscheinen die vollamtlichen Verbandsvertreter in geringe-

rer Zahl als im vorhergehenden (31 statt 34). Bezeichnet man aber als Interessenvertreter, wie dies Dr. P. Gilg tut⁵, alle diejenigen Parlamentarier, die in irgendeiner Weise neben- oder halbberuflich organisierte, vorwiegend wirtschaftliche Interessen repräsentieren, dann steigt ihre Zahl auf 67 an. Geht man noch weiter und betrachtet auch alle von einer Wirtschaftsorganisation (z. B. Migros, privates oder genossenschaftliches Unternehmen) abhängigen oder einem eigenen Wirtschaftsbetrieb (z. B. Bauernbetrieb) vorstehenden Abgeordneten als wirtschaftlich interessengebunden, so kommt man auf über 100 derartige Vertreter. Ihnen stünden dann die Vertreter der Behörden (Regierungsräte, Richter usw.) und der Presse, vollamtliche Parteifunktionäre, Anwälte, andere Freierwerbende (z. B. Ärzte), Professoren und Lehrer gegenüber.

Aus dieser Aufstellung wird ohne weiteres klar, dass sich die interessenpolitische Färbung eines Parlamentes nicht ausschliesslich nach einer einfachen «Milchmädchenrechnung» aus solchen Zahlen deduzieren lässt. Auch die Parlamente früherer Zeiten waren interessenpolitisch gebunden, obgleich dies weniger sichtbar war, da die Interessen noch nicht so straff organisiert waren wie heute. Wichtiger scheint mir zu sein, wie weit es sich jeweils um einseitige «Nur-Interessen-Vertreter» handelt und wie weit die Parteien willens sind, in den jeweiligen Sachfragen *übergeordneten staatspolitischen Gesichtspunkten* zum Durchbruch zu verhelfen. In dieser Beziehung stehen diese nun allerdings vor einer keineswegs leichten Bewährungsprobe.

⁴ Einer Abnahme der Stimmbeteiligung in vielen deutschschweizerischen Kantonen mit traditionell hoher Anteilnahme (Luzern, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau, Thurgau) stand erfreulicherweise eine Zunahme in den Kantonen der Romandie gegenüber (Waadt: 46,3 statt 42,9 Prozent, Wallis: 80,0 statt 71,9 Prozent, Neuenburg: 56,5 statt 45,4 Prozent, und Genf: 49,5 statt 44,1 Prozent).

⁵ Peter Gilg, Die berufs- und interessenpolitische Gliederung des Nationalrates, S. A. aus dem «Bund», Nr. 304 und 305 vom 16. und 17. November 1967.

Sitzverteilung und Parteistärke nach den Nationalratswahlen von 1967*

Kantone	Zahl der Sitze	Freisinnige	Konservativ-Christlich-soziale	Sozialdemokraten	BGB	Liberaldemokraten	Demokraten	Evangelische	Landesring	PdA	Übrige
		Sitze 19	Sitze 19	Sitze 19	Sitze 19	Sitze 19	Sitze 19	Sitze 19	Sitze 19	Sitze 19	Sitze 19
		63 67	63 67	63 67	63 67	63 67	63 67	63 67	63 67	63 67	63 67
Zürich	35	6 5	5 4	10 8	5 5	- -	1 1	2 2	5 9	- -	1 1
Bern	33	6 6	2 2	12 12	11 10	- -	- -	- 1	2 2	- -	- -
Luzern	9	3 3	5 5	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Uri	1	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Schwyz	3	- 1	2 1	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Obwalden	1	- -	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Nidwalden	1	- -	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Glarus	2	1 1	- -	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Zug	2	1 1	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Freiburg	6	2 2	3 3	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Solothurn	7	3 3	2 2	2 2	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Basel-Stadt	8	2 2	1 1	3 3	- -	1 1	- -	- -	1 1	- -	- -
Basel-Land	5	1 1	1 1	2 2	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Schaffhausen	2	1 1	- -	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Appenzell A.-Rh.	2	1 1	- -	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Appenzell I.-Rh.	1	- -	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
St. Gallen	13	4 4	6 6	2 2	- -	- -	- -	- -	1 1	- -	- -
Graubünden	5	1 1	2 2	- -	- -	- -	2 2	- -	- -	- -	- -
Aargau	13	3 2	3 3	4 4	2 2	- -	- -	- -	1 2	- -	- -
Thurgau	6	1 1	1 1	2 2	2 2	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Tessin	7	3 3	3 3	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Waadt	16	6 6	1 1	4 4	1 1	2 2	- -	- -	- -	2 2	- -
Wallis	7	1 1	5 5	1 1	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Neuenburg	5	2 1	- -	2 2	- -	1 1	- -	- -	- -	- 1	- -
Genf	10	2 2	2 1	2 2	- -	2 2	- -	- -	- 1	2 2	- -
Schweiz	200	51 49	48 45	53 51	22 21	6 6	3 3	2 3	10 16	4 5	1 1

* Leider liegen die vom Statistischen Amt bereinigten Zahlen der Parteiwähler noch nicht von allen Kantonen vor.